

Niederschrift

über die 9. öffentliche Sitzung
des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses

am Dienstag, dem **29.01.2013**, im **Sitzungszimmer des Rathauses in Sande**

Tagesordnung:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2. Einwohnerfragestunde**
- 3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 8 vom 21.11.2012**
- 4. Aufstellung einer vereinfachten 7. Änderung des Bebauungsplans Nr. 5 "Brahms/Lührs"
Vorlage: 002/2013**
- 5. Antrag der Gruppe Grüne/FDP zum Umstieg auf Ökostrom
Vorlage: 004/2013**
- 6. Erstellung einer Potenzialstudie zur Nutzung von Windenergie in der Gemeinde Sande
Vorlage: 008/2013**
- 7. Planfeststellungsverfahren zur Bahnverlegung Sande
Vorlage: 017/2013**
- 8. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 17:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Ratsfrau Ruth Bohlke als Ausschussvorsitzende
Ratsherr Jörg Beutz
Ratsherr Frank David
Ratsherr Stephan Eiklenborg
Ratsherr Folkert Feeken
Ratsherr Reinhard Oncken

Vertreter/in

Ratsherr Andreas Schindler Vertretung für Ratsherr Olaf Lies (MdL)

Zuhörer/in

Ratsherr Christian Fiedler
Beigeordneter Matthias Lührs bis 19.30 Uhr

Verwaltung

Bürgermeister Josef Wesselmann
Gemeindeoberamtsrat Klaus Oltmann
Gemeindeamtfrau Nadine Stamer als Schriftführerin

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Die Ausschussvorsitzende, Ratsfrau Bohlke, eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

2. **Einwohnerfragestunde**

Aufgrund mehrerer Anfragen von Bürgern zu Punkten der Tagesordnung, verständigte sich der Ausschuss darauf, Einwohnerfragen auch direkt zu den einzelnen Tagesordnungspunkten zuzulassen.

3. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 8 vom 21.11.2012**

Beschluss:

Die Fassung der Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. **Aufstellung einer vereinfachten 7. Änderung des Bebauungsplans Nr. 5 " Brahms/Lührs "**
Vorlage: 002/2013

Die Verwaltung stellte die Inhalte der beabsichtigten Bebauungsplanänderung sowie den weiteren Verfahrensablauf vor.

Hierzu ergaben sich bei den Bürgern einzelne Nachfragen, die seitens der Verwaltung beantwortet wurden. Besonders thematisiert wurde die Aufgabe des Spielplatzes und der Wegeverbindung von der Dollstraße zur Stichstraße des Falkenweges. Nach Ansicht eines Bürgers widerspricht die Aufgabe des Spielplatzes der geplanten Errichtung von 12 Wohneinheiten in unmittelbarer Nähe, zudem ist davon auszugehen, dass die Aufgabe des Fußweges zu einem größeren Verkehrsaufkommen im Falkenweg führt.

Abschließend zeigte die Verwaltung aufgrund der Beschwerde eines Bürgers, dass er nicht persönlich über die Planungen informiert wurde, die rechtlichen Vorgaben auf und verwies auf die Hauptsatzung der Gemeinde Sande, die eine öffentliche Bekanntmachung in Form des Aushanges in den Aushangkästen festlegt.

Beschlussvorschlag:

Der Verwaltungsausschuss beschließt die 7. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 5 „Brahms/Lührs“ durchzuführen.

Die Verwaltung wird beauftragt, den Entwurf zur Änderung des Bebauungsplanes mit Begründung für die Dauer eines Monats gemäß §§ 13a Abs. 2, 13 Abs. 2 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB auszulegen. Parallel dazu erfolgt die Beteiligung Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. **Antrag der Gruppe Grüne/FDP zum Umstieg auf Ökostrom**
Vorlage: 004/2013

Die Gruppe Grüne/FDP stellte die Inhalte des vorliegenden Antrags und die Hintergründe dafür vor.

Seitens der SPD-Fraktion wurde dazu die Ansicht vertreten, dass der Bezug von Ökostrom zwar grundsätzlich befürwortet wird, jedoch im Hinblick auf die dafür entstehenden Kosten mit der Umstellung zunächst bis zum Vertragsende abgewartet werden sollte um dann im Rahmen neuer Vertragsverhandlungen mit Stromanbietern, gegebenenfalls auch im Verbund mit anderen Kommunen, bessere Konditionen erreichen zu können.

Hierauf reagiert die Gruppe Grüne/FDP dahingehend, dass dann rechtzeitig vor Vertragsablauf Gespräche mit der Friesenenergie über eine mögliche Zusammenarbeit geführt werden sollten, eventuell nach vorheriger Rücksprache mit der Gemeinde Wangerland.

Die CDU-Fraktion erklärte, dass sie dem Antrag aufgrund der derzeitigen Haushaltslage nicht zustimmen wird.

Abschließend wurde der vorliegende Antrag der Gruppe Grüne/FDP zum Umstieg auf Ökostrom mit 6 Gegenstimmen und einer Ja-Stimme abgelehnt.

6. **Erstellung einer Potenzialstudie zur Nutzung von Windenergie in der Gemeinde Sande**
Vorlage: 008/2013

Nach der Vorstellung des Sachverhaltes durch die Verwaltung bestand Konsens im Ausschuss, wie vorgeschlagen zu verfahren.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Potenzialstudie Windenergie durch ein Planungsbüro erstellen zu lassen. Die Finanzierung ist gesichert.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. **Planfeststellungsverfahren zur Bahnverlegung Sande**
Vorlage: 017/2013

Bürgermeister Wesselmann gab zunächst einen kurzen Rückblick zum Bahnprojekt und informierte darüber, dass voraussichtlich Mitte Februar das Flurbereinigungsverfahren eingeleitet wird, im Rahmen dessen weitere Gespräche mit den Eigentümern der Ländereien, die durch die Bahnverlegung betroffen werden, geführt und konkrete Verhandlungen aufgenommen werden. Im Übrigen stellte der Bürgermeister die aus Sicht der Verwaltung im Rahmen der Stellungnahme zum Planfeststellungsverfahren hervorzubringenden Anregungen vor.

Die CDU-Fraktion zeigte sich mit der Anregung zur Anbindung der Kläranlage an die L 815 einverstanden, vertrat aber zu dem Punkt der Sandentnahme die Auffassung, dass auf ein örtliches Sandabbaugebiet, beispielsweise in der Nähe des Kleingartengeländes Seedeich zurückgegriffen werden sollte.

Seitens der Gruppe Grüne/FDP wurde die Notwendigkeit des hohen Bahndammes und der hohen Querung des Ems-Jade-Kanals in Frage gestellt, da die Einstufung des Kanals als Bundeswasserstraße für diesen

Streckenabschnitt nicht mehr besteht und dadurch geringere Höhen für Brückenbauwerke eingehalten werden müssen. Dadurch könnte sowohl der Bahnlärm als auch der Flächenverbrauch reduziert werden. Es wurde zudem kein Vorteil darin gesehen, dass die baulichen Voraussetzungen für einen zweigleisigen Ausbau geschaffen werden, jedoch zunächst nur ein Gleis gebaut wird. Im Falle der nachträglichen Elektrifizierung ist aus Sicht der Gruppe eine neue Lärmstudie für die Strecke ähnlich wie bei einem Neubau durchzuführen.

Wegen des Wunsches der Reduzierung der Dammhöhe verwies Bürgermeister Wesselmann auf die Aussagen der Bahn, dass eine Reduzierung von dort aus kategorisch abgelehnt wird, da ansonsten eine Klappbrücke über den Kanal hätte errichtet werden müsste. Die Höhe des Bauwerkes über den Kanal ist zudem der Berücksichtigung der Belange der Freizeitschifffahrt geschuldet.

Ein Ausschusmitglied verwies aufgrund des Vorwurfes einiger anwesender Bürger, dass sie Kontaktaufnahmen durch die Bahn oder der Flurbereinigungsbehörde vermisst haben, auf die vielen Informationsmöglichkeiten, die den Bürgern in Form von Ausschusssitzungen oder Bürgerinformationen offen gestanden haben. Es wurde ein noch nicht terminiertes Gespräch in Aussicht gestellt, das der Konsensfindung zwischen der Gemeinde und den Betroffenen dienen soll.

Zum Vorschlag der CDU-Fraktion, eine neue Sandentnahmestelle einzurichten, wurde auf die damit verbundene zeitliche Verzögerung hingewiesen, da für eine neue Entnahmestelle ein komplettes wasserrechtliches Planfeststellungsverfahren durchgeführt werden muss.

Mehrere anwesende Bürger monierten den hohen Flächenverbrauch durch die geplante Trassenführung der K 312 und schlugen zum einen vor, die Kläranlage über die vorhandene Notstraße an die L 815 anzubinden und zum anderen den jetzigen Verlauf der K 312 für die künftige Überführung beizubehalten. Dem Hinweis des Bürgermeisters, dass die Verschwenkung der K 312 vor dem Hintergrund geplant ist, dass dadurch vermieden werden kann, dass die K 312 als meistbefahrenste Kreisstraße Frieslands während der Baumaßnahme komplett gesperrt werden muss, hielten die Bürger entgegen, dass zumutbare Umleitungsmöglichkeiten über die Gießereistraße bestehen.

Aufgrund der Entwürfe zu den Straßenanbindungen im Bereich der K 312 und des Umspannwerkes wurde von den Bürgern appelliert, die örtlichen Begebenheiten bei den Planungen zu berücksichtigen. Hierzu wurde vom Bürgermeister darauf verwiesen, dass die vorliegenden Planungen von Fachplanern aufgestellt wurden, die die Begebenheiten vor Ort detailliert geprüft haben.

Hinsichtlich des vielfachen Wunsches der Bürger, den Streckenverlauf der K 312 beizubehalten, sprach sich Bürgermeister Wesselmann für die Aufnahme dieses Punktes, sowie der Anregung der CDU-Fraktion zur Sandentnahme, in die gemeindliche Stellungnahme aus.

Ein weiterer Punkt, der von mehreren Bürgern angesprochen wurde, war die Tatsache, dass bei der Betrachtung der Einzelhäuser im Außenbereich für die Prüfung eventueller Ansprüche auf Lärmschutz, die Grenzwerte für Mischgebiete und nicht für Wohngebiete zu Grunde gelegt wurden.

Bürgermeister Wesselmann gab bekannt, dass für Anfang Februar ein Termin für weitere Gespräche mit dem Landvolk, der Landwirtschaftskammer, der Bahn und der Flurbereinigungsbehörde abgestimmt wurde.

Abschließend fasste die Verwaltung die Ergänzungen der gemeindlichen Stellungnahme wie folgt zusammen:

- **K 312**
Der geplante Verlauf der K 312 sollte vor dem Hinblick einer Reduzierung des Flächenverbrauchs ebenso überprüft werden, wie die Möglichkeit der Beibehaltung des jetzigen Trassenverlaufs der K 312 (möglicher Weise auch unter Berücksichtigung einer längeren Sperrung der Straße).
- **Sandabbau**
Seitens der Gemeinde Sande wird vorgeschlagen, das hier dargestellte Sandvorkommen unter Berücksichtigung eines anzustrebenden Flächenerhalts, insbesondere für landwirtschaftliche Flächen, unberücksichtigt zu lassen und alternativ auf gegebenenfalls bereits vorhandene Sandabbauflächen oder näher am Trassenverlauf liegende Sandvorkommen zurückzugreifen. (Diese können auch außerhalb des Gemeindegebietes liegen.)
- **Dammhöhe**
Es wird aus Gründen des Lärmschutzes um Prüfung gebeten, ob die geplante Höhe des Bahndammes von 6 m tatsächlich zwingend erforderlich ist.
- **Lärmschutz**
Es wird ausdrücklich dafür plädiert, bei der Bewertung von Einzelgebäuden außerhalb geschlossener Ortschaften und der damit verbundenen Einstufung als „Wohnen im Außenbereich“ trotz der nach der 16. BImSchV vorgegebenen Gleichsetzung als „Mischgebiet“ zum Schutze der Anwohner Lärmschutzmaßnahmen vorzusehen, wie bei einer Einstufung als „Wohngebiet“.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeinde Sande nimmt unter Berücksichtigung der vorgenannten Ergänzungen in der o. a. Form Stellung zum Planfeststellungsverfahren Bahnverlegung Sande.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. **Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

- - -

Nach kurzer Unterbrechung wurde um 18.40 Uhr in nichtöffentlicher Sitzung weiterberaten.

Schluss der Sitzung: 19:45 Uhr

Ausschussvorsitzende

Bürgermeister

Schriftführerin